

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortlich: Richard Schöberl.
Verlagsredaktion: 28 241.
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. innerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Übertragungsgebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorzuschießung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Olesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

England und die Dominions.

Das neue Staatssekretariat als Vermittlungsstelle zwischen England und den Dominions. Sattlungen protestiert gegen den Möbelraub der abziehenden Truppen. — Billigung des Saarabkommens im handelspolitischen Ausschuss.

Eine Erklärung Amerys.

London, 28. Juli. Der Staatssekretär für die Dominions, Amery, gab im Unterhaus eine Erklärung über die Lage der Kolonien und Dominions ab. Zuerst leitete er die Gründe aus, die zur Schaffung eines Sondersekretariats für die Dominions geführt hätten. Bisher waren die Interessen der Dominions vom Kolonialstaatssekretariat mit vertreten worden.

Entscheidend für die Einrichtung dieses neuen Postens waren die Wünsche der Dominions selbst. In den letzten Jahren, so führte der Minister aus, hat sich tatsächlich eine Umschichtung im englischen Weltreich vollzogen. Die englische Regierung aber legt in ihrer ganzen Politik großen Wert auf eine einheitliche Außenpolitik des Weltreiches, und in diesem Sinne sei auch die Reichskonferenz im letzten März zu verstehen gewesen. Da aber solche Konferenzen nicht oft stattfinden könnten, sei eine Mittelstelle zwischen England und den Dominions notwendig, die das neue Staatssekretariat darstelle. Der Minister äußerte sich dann über das Arbeitsgebiet des neuen Sekretariats. Dabei war in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in England die Mitteilung von Bedeutung, daß in den nächsten fünf Jahren allein in Australien 450 000 Auswanderer aus England angedeutet werden sollen.

Die Auswanderungsziffer sei von 224 000 im Jahre 1918 auf 88 000 im Jahre 1924 gefallen, weil die Dominions und auch Großbritannien sich noch nicht von den Wirkungen des Krieges erholt hätten, und ihre Fähigkeit, Einwanderer aufzunehmen, beschränkt sei durch den Mangel an Märkten für ihre Produkte.

Amerys trat für eine Reichswirtschaftspolitik ein, die sich auf die gegenseitige Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaften stütze. Der Staatssekretär betonte die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in den tropischen Ländern liegen, deren Ausbeutung er jetzt beginne, die aber für England von unschätzbbarer Bedeutung seien. Insbesondere sei darauf hinzuweisen, daß England in Afrika und anderswo die Möglichkeit für den Anbau von Baumwolle habe.

58 Millionen Pfund für das neue Flottenprogramm bis 1930.

London, 28. Juli. Das gestern abend veröffentlichte Weißbuch über das neue Marineprogramm sieht bis zum Jahre 1930 Ausgaben von insgesamt 58 Millionen Pfund. Es ist zu erwarten, daß die Kosten der Flottenrüstung um etwa 10 Prozent geringer sein werden, als es vorhergesehen ist. (S. 2.)

Das englisch-französische Schuldenproblem.

London, 28. Juli. In der gestrigen Verhandlung zwischen den französischen und englischen Sachverständigen über die französischen Kriegsschulden an England erfuhr der „Daily Telegraph“, daß die Unterhandlungen in dieser Frage beträchtliche Zeit dauern würden. Man sehe einer Aussprache aber diesmal mit größerer Hoffnung entgegen, da sich die Stellungnahme der französischen Delegierten

wesentlich verändert habe. Unter den vielen Fragen, die zunächst zu beantworten seien, sei die, ob die Schulden durch eine einzige Zahlung oder durch Annuitäten geregelt werden sollten. Weiter würde es sich darum handeln, wie viel Frankreich in bar und wie viel es in Sachlieferungen zu zahlen hätte.

Paris, 28. Juli. Wie der Londoner Davao-Korrespondent berichtet, hat die erste Unterredung der englischen und französischen Finanzsachverständigen in London zwei Stunden gedauert. Gut unterrichtete englische Kreise betonen, die erste Fühlungsnahme gestatte die Annahme, daß die Sachverständigen auf gutem Wege seien. (S. 2.)

Die amerikanisch-französischen Verhandlungen über die Kriegsschulden.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 28. Juli. Der Ministerrat wird sich heute versammeln, um die französische Kriegsschulden-delegation für Amerika zu ernennen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Franklin D. Roosevelt zum Führer der Delegation ernannt werden.

Französisch-englische Aussprache über die Sicherheitsfrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 28. Juli. Der englische Geschäftsträger hatte gestern im Quai d'Orsay eine Unterredung mit dem politischen Direktor Berthelot über die Sicherheitsfrage. Die französische Regierung hat ergänzende Instruktionen an den französischen Botschafter in London gesandt. Die „Petit Parisien“ schreibt, haben sich der französische und der englische Standpunkt nach den letzten Unterredungen der letzten Tage einander genähert, besonders mit Bezug auf die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, das Befehlsstatus und den Mechanismus der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Deutschland und Frankreich. Die englische Regierung sei dagegen noch anderer Ansicht bezüglich der Schiedsgerichtsgarantien zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits.

England gegen Vorzugstarife zwischen Oesterreich und den Nachfolgestaaten.

London, 28. Juli. Die zwei vom Völkerbund ernannten Sachverständigen für die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage in Oesterreich, Layton und Professor Pitt, haben ihre Arbeiten nunmehr beendet.

Die Wiener Presse, schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, bezweifelt unter gewissen ausländischen Einflüssen die Vorzugstarife zwischen Oesterreich und den Nachfolgestaaten. Solche Tarife würden praktisch den Wert der Kaufkraft der meistbedürftigsten Nationen aushebeln. Im Anbetracht, daß die Exporte dieser Länder zum großen Teil sich eines freien Eintritts in die britischen Märkte erfreuen und weil ferner Großbritannien den Wiederaufbau dieser Länder in genereller Weise finanziert habe, könne der fragliche Vorschlag für Großbritannien nicht annehmbar sein.

Das Programm der Verfassungsfeier.

Berlin, 28. Juli. Die diesjährige Verfassungsfeier wird den gleichen Verlauf nehmen wie in den früheren Jahren. Am 11. August, um 12 Uhr mittags, wird die offizielle Feier im Reichstagsgebäude stattfinden. Im Mittelpunkt der Feier wird eine Festrede stehen. Wer sie halten wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Dann wird der Reichskanzler Dr. Brüning zu Worte kommen, der das Hoch auf das deutsche Volk ausbringen wird, woran sich das Deutschlandlied anschließt. An der Verfassungsfeier werden der Reichspräsident, die Reichsregierung, die preussische Regierung, sowie Vertreter der übrigen Länderregierungen teilnehmen. Am Schluß der Feier wird der Reichspräsident die Front der vor dem Reichstagsgebäude aufgestellten Ehrenkompanie abschreiten.

Die Reichsregierung hat an die Landesregierungen die Bitte gerichtet, ähnliche Feiern nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in allen übrigen Städten zu veranstalten.

Die Verabschiedung der Steuervorlage wird nicht verschoben.

Die Beisitzung des Reichstages trat heute mittags zu einer längeren Sitzung zusammen, um sich mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen. Im Prinzip kam eine Einigung dahin zustande, daß die Steuervorlage noch in diesem Tagungsabschnitt im Anschluß an die Steuererlässe erörtert werden soll. Zu diesem Zweck sollen die Verhandlungen länger ausgedehnt und die Redezeit verkürzt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt dann der gesamte Beratungshof erledigt werden kann, steht noch nicht fest.

Zur Klärung dieser Frage trat sofort ein Unterausschuß

zusammen. In ihm verlangte keine einzige Partei, daß die Erledigung der Steuervorlage auf den Herbst verschoben werde. Die Reichsparteien befürworteten die Absicht, alle noch ausstehenden Gegenstände in diesem Tagungsabschnitt zu erledigen, während Sozialdemokraten und Kommunisten sich bereit erklärten, im Interesse einer ordnungsmäßigen Erledigung aller Gesetze auch bis zum Oktober durchzugehen. Der Unterausschuß beschränkte sich sodann darauf, nur noch den Arbeitsplan für die Beratung der Steuervorlage im einzelnen festzusetzen. Für eine Anzahl der Steuererlässe soll bei der Generaldebatte eine einstündige Redezeit für jeden Redner bestimmt werden, und in der Spezialdebatte, in der immer eine Anzahl von Paragraphen zusammengefaßt werden soll, eine Redezeit von 20 Minuten. Hiernach ist der endgültige Schluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes noch wie vor vollkommen ungewiß.

Wie wir hierzu noch von Regierungssseite hören, bleibt die Regierung dabei, daß die Steuervorlage noch in diesem Tagungsabschnitt erledigt werden müsse.

Die Nachfolgerin Eichhorns im Reichstag.

Berlin, 28. Juli. An Stelle des am Sonntag verstorbenen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Eichhorn tritt, den Wählern zufolge, die Berliner Metallarbeiterin Clara Kasper in den Reichstag ein.

Glückwunsch des Reichswirtschaftsministers an Dr. Sorge.

Berlin, 28. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat Dr. Ing. h. c. Kurt Sorge zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: „Benehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zu dem Ehrentage, an dem Sie das 70. Jahr eines arbeitsreichen, in den Diensten der Wirtschaft gestellten Lebens vollenden. In den Jahren schwerer Not ist es Ihnen unter Einsatz Ihrer Persönlichkeit gelungen, die Interessen der deutschen Industrie in dem Reichsverband zusammenzufassen und einen Ausgleich der gegenfälligen Anschauungen herbeizuführen. Ihrer tatkräftigen Leitung ist es zu danken, daß unsere Industrie und die gesamte Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete einheitliche Wege der Förderung unserer deutschen Wirtschaft verfolgten. Möge es Ihnen vergönnt sein, als Ehrenvorsitzender der großen Wirtschaftsverbände Ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse noch weiterhin dem hohen Ziele des Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen am Wohle unseres gesamten deutschen Vaterlandes zu widmen.“ (S. 1.)

Stuttgart, 28. Juli. Gestern nachmittags hatte Staatspräsident Wäzille dem Bischof Dr. Wilhelm v. Kepler in Rottenburg einen Besuch ab, um ihm die Glückwünsche der württembergischen Staatsregierung zu seinem 50jährigen Priester- und 25jährigen Bischofsjubiläum zu überbringen.

v. Koech und die deutsche Note.

Berlin, 28. Juli. Verschiedentlich war die Angabe verbreitet worden, daß der deutsche Botschafter in Paris v. Koech bei Uebergabe der letzten deutschen Note Erklärungen abgegeben hätte, die zum Inhalt der Note in einem gewissen Widerspruch ständen. Demgegenüber wird amtlicherseits festgestellt, daß es sich von selbst versteht, daß der Botschafter, der eine formulierte Note zu übergeben hat, keine anderslautenden Mitteilungen dazu machen kann. Wenn gewohnheitsgemäß bei der Uebergabe der Note eine Unterhaltung stattfindet, so sei es lediglich Aufgabe des Botschafters, die Note in das richtige Licht zu setzen.

Der Finanzetat von Reich und Ländern.

Die Steigerung des Nettobedarfs gegen 1913.

Eine Uebersicht im Haushaltsanschau.

Berlin, 28. Juli. Der Haushaltsanschau des Reichstags steht heute die Beratung über den allgemeinen Finanzetat fort. Der deutsch-nationale Abg. Dr. Quast gab eine Uebersicht über den Etat im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen des Jahres 1913. Der Nettobedarf der allgemeinen Reichsverwaltung belief sich im Jahre 1913 auf insgesamt 2700 Millionen Mk., im Jahre 1925 auf 6100 Millionen Mk. Es sei also gegenüber 1913 ein Mehr von 400 Millionen Mk. zu verzeichnen, während sich ein starkes Minus bei den Ausgaben für die Landesverwaltungen, fast 1,7 Milliarden, ergebe. Der eigentliche Staatsbedarf der Länder betrage jetzt drei Milliarden, während er im Jahre 1913 nur zwei Milliarden betragen habe. Es sei also ein Mehr von einer Milliarde. Daraus ergebe hervor, daß das Plus des Reiches gegenüber 1913 mit 400 Millionen erheblich geringer ist, als das Plus der Länder mit einer Milliarde gegenüber 1913. Dabei müsse man beachten, daß außerdem bei den Ländern eine gewaltige Schuldentlastung eingetreten sei, da der Schuldendienst von 712 auf 80 Millionen gesunken sei.

Bekanntlich habe auch noch das Reich den allergrößten Teil der Eisenbahnschuld der Länder auf sich nehmen müssen. Die reine Ueberschneidung an die Länder betrage insgesamt 2550 Millionen. Hiervon erhalten die Länder ungefähr ein Drittel mit 800 Millionen, während sie an die Gemeinden fast zwei Drittel mit 1500 Millionen weiter überweisen.

Diese Betrachtung zeige, daß der Schwerpunkt der Sparaktion, vor der der Reichstag im nächsten Jahre sicher stehen werde, im wesentlichen bei den Gemeinden zu liegen müsse. — Der Redner wandte sich dann den

Zahlungen aus dem Dawes-Abkommen zu. Für diese Tributbelastung werden wir im Jahre

1926 aufbringen müssen 495 Millionen, im Jahre 1927 675 Millionen, im Jahre 1928 1200 Millionen. Von 1926 ab jährlich 1540 Millionen. Hierzu tritt noch die Garantie des Reiches für die Eisenbahntribute, die leider keineswegs lediglich auf dem Papier stehen. Man habe auf der einen Seite dem Reich die Möglichkeit genommen, für die Verbringung der Eisenbahntribute zu sorgen, mache es aber auf der anderen Seite für etwaige Ausfälle haftbar.

Der Redner wies darauf hin, daß die Leistungen des Reiches mit den Dawes-Tributen keineswegs erschöpft seien. Er erinnerte an die Kosten des sogenannten Ausgleichsverfahrens, an die Fürsorgemaßnahmen aus Anlaß des Ruhrstreiktes, an die Aufwendungen für Bewältigung und Liquidationsschäden, für Verdrängungsschäden, Besatzungsanlagen und die sogenannten inneren Belastungskosten. Diese Lasten machen in den beiden Jahren 1924 und 1925 über eine Milliarde Mark aus.

Im Anschluß hieran erfolgte eine vertrauliche Aussprache. Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1924 und 1925 wurde bewilligt. — Angenommen wurde eine Entschließung, worin die Reichsregierung erlucht wird, den für die kommunalen und privaten Bahnen besonders in der letzten Uebergangszeit bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch geeignete Verwaltungsmassnahmen auf dem Gebiet der Beförderungssteuer entgegenzukommen.

Einpruch des Reichsrats gegen die Fürsorgeverordnung.

Berlin, 28. Juli. Der Reichsrat genehmigte gestern verschiedene vom Reichstage angenommene Gesetzesentwürfe. Wegen dem Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht wurde von den Landesvertretern Bedenken erhoben. In namentlicher Abstimmung wurde beschlossen, Einpruch zu erheben.